

ung leisten können. Nach Aussagen des stellvertretenden Gesundheitsministers Zhu Qingsheng betrifft dies immerhin über 50% der Landbewohner oder 390 Mio. Chinesen. Wenn diese Menschen krank werden, riskieren 40-60% von ihnen in die Armut abzugleiten. Bei ernsthaften Erkrankungen würden 60-80% der Betroffenen keine Wahl haben als ohne medizinische Versorgung im Hause zu sterben. Ein Krankenhausaufenthalt würde für einen Dorfbewohner durchschnittlich 2.236 Yuan RMB kosten, nur geringfügig weniger als das durchschnittliche ländliche Jahreseinkommen von 2.622 Yuan.

Zugleich sind allerdings auch die Kosten der Gesundheitsversorgung mit 14% Zuwachs seit 1997 weit stärker gestiegen als die durchschnittlichen Einkommen, auch der in den Städten. Dennoch zeigte sich der Minister verwundert, dass Untersuchungen seines Ministeriums im September und Oktober unter 193.689 Bewohnern in 92 Städten und Gemeinden ergeben hatten, dass nicht nur 39% der Dorfbewohner im Krankheitsfall aus finanziellen Gründen keinen Arzt aufsuchen würden, sondern auch 36% der städtischen Kranken. Eine mögliche Erklärung könnten hier die Migranten und die städtischen Arbeitslosen bieten. Geldmangel würde Patienten auch zum Abbruch der Behandlung im Krankenhaus veranlassen: 43,3% der Patienten würden früher auf eigenen Wunsch gehen, davon 60% aus wirtschaftlichen Gründen.

Zur Verbesserung der Situation auf dem Lande soll eine kooperative Gesundheitsversicherung führen, die seit dem Jahr 2000 in 310 Gemeinden ausprobiert wird. Sie schließt derzeit 69 Mio. Bauern ein, die pro Jahr 10 Yuan in eine Gesundheitskasse zahlen. Die Lokalregierung zahlt für jeden Teilnehmer weitere 20 Yuan, wobei die Zentralregierung Mittel in gleicher Höhe wie die Lokalregierungen einbringt, um die Behandlungskosten für die Armen zu tragen. Die Fonds haben nach Angaben von Vizeminister Zhu eine Größe von 3,02 Mrd. Yuan erreicht, 42 Mio. Rechnungen in Gesamthöhe von 1,4 Mrd. Yuan wurden bereits beglichen. Mithilfe dieses Fonds war es möglich, 27,25% der Krankenhauskosten zu tragen. Im nächsten Jahr plane man nun die

Ausweitung auf 500 Gemeinden und bis 2010 sollen alle 2.800 Gemeinden einbezogen sein. Zhu betonte zugleich, dass es sich nicht um ein Wohlfahrtsprogramm, sondern um ein Programm gegenseitiger Hilfe handle; die Ausgaben seien mit maximal 100.000 Yuan pro Bauer begrenzt. Ein Problem könnte die Zweckentfremdung von Fonds sein, immerhin erklärte Zhu, dass ein Drittel aller beteiligten Gemeinden noch ein angemessenes System der Fondsverwaltung errichten müsste. (RMRB online, 16.11.04; XNA, 16., 22.11.04; ST, 6., 24.11.04; SCMP, 6.11.04) -gs-

---

## Außenwirtschaft

---

### 28 EU schätzt Chinas Wettbewerbsfähigkeit höher ein

Anfang November veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht, in dem auf die wachsende Wettbewerbsfähigkeit Chinas hingewiesen wird. Der Bericht mit dem Titel *European Competitiveness Report 2004* behandelt im Kapitel 5 (The Challenge to the EU of a Rising Chinese Economy) die besonderen Herausforderungen des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas, die sich vor allem für die neuen Mitglieds- und Kandidatenstaaten (Bulgarien, Rumänien und die Türkei) ergeben.

In ihrem Bericht streicht die EU-Kommission die herausragende Rolle der ausländischen Direktinvestitionen und das damit verbundenen Wissen über Märkte sowie technologisches und organisatorisches Know-how heraus, das China erworben hat. Allerdings, so die EU, würden sich die Wirtschaftsplaner in China nicht damit zufrieden geben, dass ihr Land zu einem globalen Zentrum für die arbeitsintensive verarbeitende Industrie aufsteige. Vielmehr verfolge China eine gezielte Industriepolitik mit Förderung und Aufbau von technologieintensiven Industrien mit höherer Wertschöpfung. Ausländische Investoren, die neue Technologien einführten bzw. F&E-Zentren in China errichteten, erhielten die meisten Vergünstigungen in Form von Steuerbefreiungen, spezi-

ellen Import- und Exportrechten, Zugang zum Inlandsmarkt etc.

Die Ausweitung des „export processing trade“ in China hat aus Sicht der EU zu einer Neuorientierung von europäischen Importströmen zugunsten Chinas geführt, da Produktionskapazitäten aus Hongkong, Taiwan und Südostasien nach China verlagert wurden. Obwohl das absolute Volumen der europäischen Direktinvestitionen in China zugenommen hat, betrug es in der Fünfjahresperiode 1998-2002 nur rd. 1% der gesamten ausländischen Direktinvestitionen. Im Vergleich zur Wirtschaftskraft Europas ist dies nach Ansicht der Kommission sehr wenig – selbst wenn statistische Verzerrungen einbezogen werden.

Mit 50% wird ein erheblicher Teil des EU-Handels mit China über Unternehmen mit Auslandskapital abgewickelt. Bezogen auf alle Unternehmen mit Auslandskapital entfällt auf die EU jedoch nur ein Siebtel des gesamten Außenhandels dieser Unternehmen. Inzwischen wird mehr von Unternehmen mit Auslandskapital in die EU exportiert als aus der EU importiert.

Der Hauptanteil der EU Exporte nach China besteht aus Investitionsgütern, insbesondere Maschinen, die durch lokale Unternehmen zum Aufbau oder zur Modernisierung ihrer Produktionsstätten benötigt werden. Während diese Exporte an chinesische Kunden unabhängig von ihrer Eigentumsstruktur (staatlich, kollektiv oder privat) gehen, wurden die meisten EU-Importe in Unternehmen mit Auslandskapital in China im Rahmen einer komplexen, langfristigen Geschäftsbeziehung produziert. Ein beträchtlicher Anteil an diesen Importen kann demnach als intra-firm-Handel betrachtet werden. Hierbei nutzen europäische Unternehmen ihre chinesischen Tochtergesellschaften, um dort Inputs oder Endprodukte zu beschaffen. Ein anderer Teil des Außenhandels entfällt auf Produzenten aus der EU oder Drittländern, die zu den Original Equipment Manufacturers (OEM) zählen und die ihre Produktionskapazitäten von Drittländern (z.B. Südostasien oder Osteuropa) nach China verlagert haben. Hierdurch wollen sie von den niedrigeren Produktionskosten profitieren und ih-

re europäischen Kunden von der neuen Produktionsbasis in China beliefern.

In der Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exporte kommt die EU-Kommission in ihrem Bericht zu dem Schluss, dass die Transformation des Wirtschaftssystems mit einem deutlichen Anstieg der offen gelegten komparativen Vorteile (Revealed Comparative Advantage, RCA) einherging. Während in den 1980er Jahren noch ressourcen- und arbeitsintensive Produkte mit niedrigem Technologiestandard dominierten, veränderte sich die Exportgüterstruktur Chinas ab 1995 deutlich. Diese Veränderung erfolgte parallel zu einer weiteren Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen chinesischen Exportprodukte wie Textilien, Bekleidung und Lederprodukte. Positive Werte entfallen aber auch auf viele Produkte mit mittlerer Technologie und auf kapitalintensive Produkte wie z.B. Informations- und Telekommunikationsprodukte. Selbst bei Maschinen und Ausrüstungsprodukten stellt die EU-Kommission eine Verbesserung der RCA-Werte fest.

Einige der Industriesektoren, die eine gute Exportperformanz aufwiesen, sind Sektoren, in denen der Output von Unternehmen mit Auslandskapital relativ hoch ist. Dies gilt z.B. bei Telekommunikationsausrüstungen (73%) und Büromaschinen (62%). Hier kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die Verbesserung der chinesischen RCA-Werte zumindest teilweise durch die vertikalen ausländischen Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen in Produktionsstätten entstanden ist. ([http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise\\_policy/competitiveness/doc/compmprep\\_2004\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy/competitiveness/doc/compmprep_2004_en.pdf))

Die von der EU gemachten Feststellungen sind nicht grundsätzlich überraschend. Die Aufnahme eines speziellen Kapitels zur „chinesischen Herausforderung“ in den *European Competitiveness Report* kann jedoch u.a. als Signal dafür gewertet werden, dass die EU-Kommission eigene Anstrengungen verstärken muss. Mit einer Ausweitung der Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exporte auch bei Produkten mit höherer Wertschöpfung muss damit gerechnet werden, dass sich die Handelsbilanz mittelfristig weiter zu-

gunsten der EU entwickeln könnte. China ist für die EU inzwischen der zweitwichtigste Handelspartner hinter den USA. Allerdings hat sich das Defizit der EU im Handel mit China in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. -schü-

## 29 Weitere Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen

Mitte November 2004 erließ die Zentralbank eine Bestimmung, die einen Kapitaltransfer im Falle einer Immigration von Privatpersonen aus China ins Ausland und einen Transfer von Vermögen bei Erbschaften erlaubt. Die Bestimmung tritt zum 1.12.2004 in Kraft und kann als eine der verschiedenen Schritte zu einer Lockerung der Kapitalverkehrskontrollen verstanden werden.

Die „Provisional Administrative Rules on Sales and Payment of Foreign Exchange for Personal Asset Outbound Transfer“ spiegeln aus Sicht eines Sprechers der Zentralbank folgende Entwicklungen wider:

- Sie sind ein Zeichen der nationalen Stärke der Wirtschaft, die anhaltend hohe Wachstumsraten und hohe Währungsreserven aufweist. Ende 2004 betragen die Währungsreserven 514,5 Mrd. US\$. Daher ist der Transfer persönlichen Vermögens unter bestimmten Bedingungen kein Problem.
- Sie schützen die persönlichen Rechte und Interessen an legitimen Vermögen. Dieser Schutz ist in der Verfassung enthalten und sollte in Anspruch genommen werden können.
- Sie bieten eine legitime Rechtsbasis, um privates Vermögen ins Ausland zu transferieren und entziehen dem illegalen Handel mit Devisen die Basis.
- Sie verbessern die Bedingungen für die Konvertibilität der Währung im Rahmen der Kapitalverkehrsbilanz.

Bei einem Transfer von Vermögen in den o.g. Fällen ist der Nachweis zu erbringen, dass das private Vermögen auf legalem Weg erworben wurde. Hierbei sollen verschiedene Behörden wie die für öffentliche Sicherheit,

die Steuerbehörde etc. eingeschaltet werden. Die Genehmigung für einen Vermögenstransfer in einer Höhe von bis zu 500.000 RMB kann durch die Staatliche Devisenverwaltung (SAFE) in den jeweiligen Provinzen erfolgen. Darüber hinausgehende Beträge müssen ebenfalls von der Zentrale der SAFE genehmigt werden.

Bei einem Transfer ab 200.000 RMB und mehr erfolgt die Überweisung ins Ausland in Raten, um größere Schwankungen der Devisenreserve zu vermeiden. Die erste Rate umfasst die Hälfte des Betrages, nach einem Jahr können von der verbleibenden Hälfte wiederum 50% ausgezahlt werden. Der Restbetrag muss innerhalb von zwei Jahren nach der Genehmigung überwiesen werden. (Siehe zu der Bestimmung im Einzelnen die Homepage der Zentralbank: <http://www.pbc.gov.cn/english/>)

Neben den enormen Zuwächsen der Devisenreserven, die als „nationale Stärke“ interpretiert werden, gilt als Ursache für die Lockerung des Kapitalverkehrs auch der wachsende Druck verschiedener Regierungen auf eine Veränderung der chinesischen Währungspolitik. Gleichzeitig ist dieser Schritt ein Signal an die Spekulanten, dass eine Aufwertung des Wechselkurses nicht geplant ist. Der Umfang des Spekulationskapitals, das im ersten Halbjahr 2004 nach China aufgrund einer erwarteten Aufwertung des RMB geflossen ist, wird auf rd. 70 Mrd. US\$ geschätzt. (WSJ, 17.11.04)

Außer der Lockerung des Kapitalverkehrs versucht die chinesische Regierung den Zustrom von Spekulationskapital stärker zu kontrollieren. Die SAFE will hierfür 1) einen geeigneten Rahmen für den Ausgleich von Zu- und Abflüssen von Devisen aufbauen, 2) die Überwachung der Kreditaufnahme von Auslandsbanken und Unternehmen mit Auslandskapital verstärken und sie ermutigen, ihre kurzfristigen in langfristige Kredite umzuwandeln. Die SAFE will 3) den tatsächlichen Finanzierungsbedarf von Unternehmen mit Auslandskapital in chinesischer Währung feststellen, wenn es sich dabei um ein Volumen von mehr als 200.000 US\$ handelt. Bei einer Finanzierung von Privatkunden in einer Höhe von mehr als 50.000 US\$ muss diese von den

entsprechenden Abteilungen von der SAFE genehmigt werden. Die SAFE plant 4) die Banken, die zur Abwicklung der Devisengeschäfte berechtigt sind, schrittweise in die Lage zu versetzen, die entsprechenden Überwachungsaufgaben zu übernehmen und langsam von einer direkten Verwaltung auf eine indirekte Überwachung überzugehen. (XNA, 10.11.04; NZZ, 12.11.04)

Nach wie vor lehnt die chinesische Regierung eine Aufwertung und Flexibilisierung des Wechselkursregimes ab, obwohl vor allem aus den USA starker Druck ausgeübt wird. Auch auf dem APEC-Gipfel Ende November betonte Staatspräsident Hu Jintao, dass eine Veränderung des Wechselkursregimes nicht unter den derzeitigen Bedingungen in Frage kommt. (SCMP, 22.11.04) Anstatt nur passiv auf die Angriffe zu reagieren, hat sich die Taktik der chinesischen Seite inzwischen allerdings verändert. So kritisierte Ministerpräsident Wen Jiabao auf einem Treffen der ASEAN-Länder Ende November die USA, sie dürfe dem Kursverfall des US-Dollars nicht länger tatenlos zusehen: „The U.S. dollar is depreciating, with no attempts to manage it. What is the reason for this? Shouldn't the relevant parties take measures?“ (WSJ, 30.11.04) -schü-

### 30 Wirtschaftliche Annäherung an Südamerika

Auf seiner Reise durch Brasilien, Argentinien, Chile und Kuba vom 11. bis 23. November 2004 spielten Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. Dass Hu von einer Delegation mit rd. 150 Geschäftsleuten begleitet wurde, lässt auf die besondere Gewichtung der wirtschaftlichen Bedeutung der Reise schließen.

Für Staatspräsident Hu Jintao war die Reise in vieler Hinsicht ein großer Erfolg. So unterzeichnete er in Brasilien zahlreiche Rahmenabkommen, die die Bedingungen für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen verbessern werden. Beide Länder wollen enger in den Bereichen Wissenschaft und Technologie kooperieren, im Industriesektor, im Tourismus sowie im Handel und bei Investitionen. In den nächsten drei Jahren soll das beidseitige Handelsvolumen von derzeit 7 Mrd. US\$

(Januar bis September 2004) auf rd. 20 Mrd. US\$ steigen; bis zum Jahre 2010 wird mit einer Ausweitung des Handels auf 35 Mrd. US\$ gerechnet.

Brasilien ist für China nicht nur als Absatzmarkt von Interesse, sondern auch als Lieferant von Rohstoffen. So wurde im Vorfeld der Reise über die Bereitschaft Chinas berichtet, in die brasilianische Infrastruktur zu investieren, um einen kostengünstigen Marktzugang zu Stahl und Sojabohnen zu erhalten. Während der Reise hat die brasilianische Regierung auch Chinas Wunsch auf Anerkennung des Status als Marktwirtschaft unterstützt, sodass ein weiterer wichtiger Partner gegenüber der WTO gefunden wurde. (BBC EF, 12.11.04; SCMP, 12.11.04; WSJ, 11., 13.11.04)

Während seines Besuches in Argentinien erklärte sich die dortige Regierung ebenfalls bereit, China den Status einer Marktwirtschaft zuzuerkennen. Bei einem bilateralen Handelsvolumen von 3,2 Mrd. US\$ im Jahre 2003 (+122% gegenüber 2002) scheint diese Entscheidung der argentinischen Regierung auf den ersten Blick nicht sehr schwer gefallen zu sein. Tatsächlich jedoch gibt es massive Proteste von Seiten der Industrieverbände und Gewerkschaften, die befürchten, von chinesischen Importen überflutet zu werden. (XNA, 17.11.04; WSJ, 24.11.04)

Auch in Argentinien wurden Rahmenabkommen über zivile Luftfahrt, öffentliche Gesundheit sowie über Investitionen und Landwirtschaft unterzeichnet, die eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen erlauben sollen. Konkrete Projekte wurden in den Absichtserklärungen sichtbar, die beide Länder unterzeichneten. Hierbei soll es sich angeblich um Investitionen chinesischer Unternehmen in Argentinien mit einem Volumen von 19,7 Mrd. US\$ handeln. An erster Stelle stehen Projekte der Infrastruktur (Eisenbahn), der Erdölexploration, Telekommunikationsprojekte und ein Satellitenkommunikationssystem. Über die genaue Summe der Investitionen in den Absichtserklärungen bestehen allerdings unterschiedliche Meldungen. (BBC PF, 17.11.04; WSJ, 16., 17., 18.11.04)

Das Interesse Chinas an Chile konzentriert sich vor allem auf die dortigen

Kupfervorkommen. Zu den Rahmenvereinbarungen, die während des Aufenthalts Hus in Chile abgeschlossen wurden, gehört dementsprechend ein Memorandum of Understanding über die gemeinsame Erschließung von Kupferressourcen. Andere Kooperationsbereiche betreffen den Tourismus, öffentliche Gesundheit und Sport, über die ebenfalls Vereinbarungen einer verstärkten Zusammenarbeit getroffen wurden. Auch Chile sicherte China die Akzeptanz seines Status als Marktwirtschaft zu. (BBC EF, 19.11.04)

Die Südamerikareise zeigte einerseits die Ambitionen Chinas, Unterstützung für seine Politik unter den wichtigen Entwicklungsländern zu suchen. Als Marktwirtschaft anerkannt zu werden, wird sicherlich als politischer Erfolg Hus zu bewerten sein. Andererseits machte die Reise deutlich, wie wichtig die chinesische Regierung die langfristige Absicherung ihres Bedarfs an natürlichen Ressourcen nimmt. Beachtenswert ist, dass diese südamerikanischen Länder traditionell zur Einflussphäre der USA zählen, deren Kräfte allerdings durch ihre Aktivitäten im Irak stark beansprucht sind. (WSJ, 18., 19.11.04; NZZ, 20./21.11.04) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 31 BOC und CCB bereiten sich auf Börsengang im Jahre 2005 vor

Die Bank of China (BOC) und die China Construction Bank (CCB) wollen im Jahr 2005 an die Börse gehen. Beide Banken bereiten sich derzeit darauf vor, indem sie sowohl strategische Investoren suchen als auch die wirtschaftlichen Grundlagen verbessern, um beim Börsengang eine positive Bewertung durch den Markt zu erreichen. Beide Faktoren werden das genaue Datum eines Börsenganges bestimmen.

Die Basisdaten beider Banken haben sich erheblich verbessert. Im Oktober lag die Quote der uneinbringlichen Kredite bei der BOC bei 4,55%, dies waren 11,73% weniger als im letzten